



Frankreich – Info

Herausgeber : Französische Botschaft
- Presse- und Informationsabteilung -
Pariser Platz 5 - 10117 Berlin
E-Mail: info@botschaft-frankreich.de
Internet: www.botschaft-frankreich.de

2011

Rede des Ministers für auswärtige und europäische Angelegenheiten Alain Juppé zum Abschluss des Kolloquiums „Arabischer Frühling“ im *Institut du Monde arabe*

Paris, 16. April 2011

- Auszüge -

(...) Zugegeben, dieser „arabische Frühling“ war für uns alle eine Überraschung. Zu lange haben wir geglaubt, dass die autoritären Regime der einzige Schutz gegen den Extremismus in der arabischen Welt wären. Zu lange haben wir die islamistische Bedrohung als Vorwand benutzt, um ein gewisses Wohlwollen gegenüber jener Regierungen zu rechtfertigen, die die Freiheit mit Füßen traten und die Entwicklung in ihren Ländern bremsen.

Und plötzlich setzt sich in Sidi Bouzid, jenseits jeglicher politischer und religiöser Motivation, ein junger Mann selbst in Brand.

Plötzlich verbreitet sich die Flamme der Freiheit von einer Hand zur anderen in der ganzen Region. Die ägyptische Jugend lehnt sich auf, Libyen revoltiert, die arabischen Völker wehren sich gegen die Unterdrückung. Die Bürger fordern ihre Würde ein, sie schreien ihr Verlangen nach individueller Freiheit, nach der Achtung der Person und nach freier Meinungsäußerung heraus – nach all den universellen Werten, an denen Frankreich so hängt; und nicht nur Frankreich, denn diese Werte ziehen sich durch Gesellschaften, Kulturen und Länder und bilden das Gemeingut der Organisation der Vereinten Nationen.

Plötzlich knüpft die arabische Welt wieder an die Tradition der Öffnung, der Veränderung und der Modernität an, die sie Jahrhunderte lang geführt hat. Das haben wir vielleicht ein bisschen vergessen. (...)

Kein Forschungszentrum, keine Regierung, kein Experte hätte die Tragweite und den Zeitpunkt dieses „arabischen Frühlings“ vorhersehen können, obwohl es Anzeichen dafür gab – als wäre diese Region der Erde dazu bestimmt, unter einer Bleischicht begraben zu sein, ohne Recht auf Freiheit und Modernität.

Doch schon seit langem – die Teilnehmer unseres ersten runden Tisches haben das sehr gut dargelegt – war diese unbändige Erneuerungsbewegung in allen Ländern südlich des Mittelmeers im Keim angelegt.

Sie keimte angesichts der Schikanen der Polizei, der Menschenrechtsverletzungen und der Korruption.

Sie keimte unter der Armut, der Arbeitslosigkeit und den steigenden Nahrungsmittelpreisen; sie keimt wenn die Gegenwart keinen Sinn hat und die Zukunft verschlossen bleibt.

Sie keimte im Rundfunk und im Internet, genährt durch die Medien und die sozialen Netzwerke und gepflegt von einer dynamischen, immer besser ausgebildeten Jugend, die sich der Welt öffnen wollte.

Er wuchs in der Intellektuellen- und Künstlerszene. Ich denke da an Abderrahman Charkaoui, dessen Roman „La terre“, der von Jussuf Schahin verfilmt wurde, von der Revolte der Bauern in einem Dorf im Delta erzählt. Ich denke auch an Sonallah Ibrahim, dessen gesamtes Werk eine Satire auf das ägyptische Regime ist. Ich denke an den Literaturnobelpreisträger Nagib Machfus, an die Schriftsteller Tayib Salih, Emil Habibi und Kateb Yacine sowie an all die Wissenschaftler, Literaten, Musiker und Regisseure, die im Kampf für Freiheit, Toleranz und Gerechtigkeit an vorderster Front dabei waren.

Dieser „arabische Frühling“ sollte uns keine Angst machen. Als ich vorhin von Begeisterung und Besorgnis sprach, so war das lediglich eine Feststellung und kein Ausdruck einer persönlichen Überzeugung.

Dieser „Frühling“ ist die Frucht eines außergewöhnlichen Mutes. Haben wir vergessen, welchen Preis man für die Erlangung von Freiheit und Demokratie zahlt – wir, die vor 70 Jahren für unsere Werte gekämpft haben? Haben wir vergessen, wie viel Blut vergossen wird und wie viele Menschenleben geopfert werden, wenn man sich gegen Barbarei auflehnt, wenn man einen Tyrannen herausfordert, wie es die Libyer heute tun?

Dieser „arabische Frühling“ ist auch die Frucht von Verantwortung. Davon zeugt die Haltung der jungen Ägypter vom Tahrir-Platz. Ich habe sie letzten Monat bei meinem Besuch in Kairo getroffen. Sie haben mir von ihren Plänen, ihren Hoffnungen, ihren Ängsten erzählt. Ich war beeindruckt davon, wie ruhig sie waren, wie sie sich weigerten, dass man ihnen einen Sieg nahm, den Sieg ihres Volkes, nicht einer Partei oder Religion. Ich habe mich mitreißen lassen von ihrem Enthusiasmus, ihrem Traum von einem versöhnten, demokratischen Ägypten, das Arbeit für seine Jugend hat. Ich sagte mir: „Was, wenn die arabischen Völker es schaffen?“ Mit Freude begrüße ich diejenigen von ihnen, die heute hier anwesend sind. Durch ihre Entschlossenheit und ihre politische Reife haben sie der Welt eine Lektion im Zuhören, in Öffnung und im Dialog erteilt.

Ja, für uns alle ist dieser „arabische Frühling“ eine enorme Hoffnung. Aber auch eine enorme Herausforderung – ich glaube, unser zweiter runder Tisch hat das klar zum Ausdruck gebracht.

In erster Linie eine politische Herausforderung. Wir müssen alle Einsatz zeigen, um einen erfolgreichen demokratischen Übergang zu gewährleisten.

Die arabische Welt ist natürlich am meisten betroffen. In allen Ländern der südlichen Mittelmeerküste treten neue entschlossene und anspruchsvolle politische Akteure in Erscheinung. In allen Ländern der südlichen Mittelmeerküste gilt es, die sozialen Beziehungen – ich würde sogar sagen: den Gesellschaftsvertrag – neu zu definieren. So wissen alle Regierungen, dass sie ihre Bürger zu Wort kommen lassen müssen. Alle wissen, dass die Bestrebungen eines Volkes nicht mehr ungestraft unterdrückt werden können.

Aber jede Situation ist einzigartig. Es obliegt jedem einzelnen Volk, mit seiner jeweiligen Geschichte und seinen Besonderheiten, sein Schicksal selbst in die Hand zu nehmen und sein eigenes Modell zu entwerfen.

In einigen Ländern geht es jetzt darum, die Situation nach der Revolution zu bestreiten – ich denke an Tunesien und an Ägypten. Der Weg zur Freiheit ist ein anspruchsvoller Weg, bei dem es gilt, alle verschiedenen Meinungen und die Achtung des Einzelnen, die legitime Sehnsucht nach Demokratie und das geduldige und notwendige Erlernen der demokratischen Praxis und Kultur miteinander in Einklang zu bringen. Denn „frei zu sein, bedeutet nicht nur, seine Ketten abzuwerfen, sondern auch so zu leben, dass die Freiheit des Anderen geachtet und gestärkt wird. (Nelson Mandela, *Der lange Weg zur Freiheit*). Der Rechtsstaat ist nicht einfach ein Staat, der die Rechte der Bürger achtet. Er ist auch ein Staat, der auf einer Hierarchie der Rechtsnormen beruht, die von allen geachtet werden muss. Deshalb haben wir Ägypten unsere Hilfe im Übergangsprozess zugesagt, und die Europäische Union Tunesien ihre Unterstützung mit Blick auf die Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung am 24. Juli zugesichert.

In einigen dieser Länder, die von diesem wunderbaren Freiheitsdrang erfasst worden sind, haben die Regierungen die Initiative ergriffen und entschlossen einen Öffnungsprozess eingeleitet, um auf die legitimen Forderungen ihres Volkes zu reagieren. Ich denke an Marokko, wo der König eine mutige Rede gehalten hat, in der er den Weg zu großen institutionellen Reformen frei gegeben hat.

Andere dagegen haben sich für brutale Unterdrückung entschieden. Zum Beispiel Libyen, wo die Staatengemeinschaft eingeschritten ist, um die Bevölkerung zu schützen. Ohne jetzt eine Diskussion über die Angemessenheit des Einsatzes vom Zaune brechen zu wollen, möchte ich sagen, dass ich mich an meinen Aufruf vor dem UN-Sicherheitsrat erinnere, wo ich sagte: „Es ist eine Frage von Tagen, von Stunden“. Wir wussten genau, dass Gaddafis Truppen über Bengasi herfallen würden und wir wussten aus den Ankündigungen Gaddafis, dass er dort seine Gegner niedermetzeln würde. Heute ist für alle klar, dass Gaddafi dadurch, dass er sein eigenes Volk beschossen hat, jegliche Legitimität verloren hat und zurücktreten muss.

Wiederum andere, wie Jemen oder Syrien, wo die Situation äußerst beunruhigend ist, zögern weiterhin. Diese Länder müssen wissen, dass einzig ein offener Dialog eine klare Antwort auf die Bestrebungen der Bürger liefern kann; sie müssen sich vollkommen frei äußern können.

Wir müssen unsererseits all die Herausforderungen berücksichtigen, die dieser „arabische Frühling“ mit sich bringt.

Die erste Herausforderung besteht darin, die Achtung der Grundrechte zu gewährleisten. In der Vergangenheit haben wir oft aus Angst vor der Bedrohung durch Fundamentalisten gezögert, bei bestimmten Menschenrechtsverletzungen zu reagieren. Ich möchte mich ganz klar ausdrücken: Wie in Libyen, werden wir weiterhin größte Entschlossenheit gegen jede Form der Rechtsverletzung demonstrieren und, je nach Schwere der Situation, alle uns zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen, um ihnen ein Ende zu setzen. Wir verfügen über eine ganze Reihe von Instrumenten, etwa Sanktionen, um in besonders schwerwiegenden Fällen mit Erlaubnis des Sicherheitsrats zu reagieren.

Das bringt mich zu einem Thema, zu dem ich mich ganz unmissverständlich äußern möchte. Unsere Politik hat nicht zum Ziel, Regimewechsel herbeizuführen. Unser Ziel ist es nicht, über die Art und die Verteilung interner Zuständigkeiten in Ländern zu entscheiden, die unabhängig sind. Wir sprechen, urteilen, intervenieren einzig auf der Grundlage des Völkerrechts, und insbesondere der Umsetzung des neuen Grundsatzes, der 2005 von der Organisation der Vereinten Nationen verabschiedet wurde und erstmalig in eine Resolution des Sicherheitsrats aufgenommen wurde; ich spreche vom Grundsatz der Schutzverantwortung und möchte kurz

daran erinnern, was sich dahinter verbirgt: Laut dieses Grundsatzes, der einstimmig von den Vereinten Nationen verabschiedet wurde, sind die Regierungen dafür verantwortlich, ihr Volk gegen Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord zu schützen. Wenn sie dies nicht tun, so behält sich die Staatengemeinschaft das Recht vor, an ihrer Stelle zu handeln. Aus diesem Grund bewegt sich unser Vorgehen in Libyen genau in dem Rahmen, der in den geltenden Resolutionen des Sicherheitsrats festgelegt wurde, was uns natürlich nicht davon abhält, den Rücktritt Gaddafis zu fordern, weil wir der Ansicht sind, dass sein Machterhalt nicht mehr mit dem Schutz der libyschen Bürger vereinbar ist.

Die zweite Herausforderung besteht darin, die Länder südlich des Mittelmeers in ihrem demokratischen Übergang zu begleiten. Es geht nicht darum, ihnen etwas vorzuschreiben, wir sind nicht perfekt, sondern unsere Hilfe anzubieten in einem Geist des Vertrauens, der Freundschaft und des Zuhörens. Wir können sie vor allem an unserer Erfahrung und unserem Wissen in Sachen Verfassungsrecht, politische Systeme, Freiheitsrechte oder Pressefreiheit teilhaben lassen.

Die dritte Herausforderung besteht darin, unseren Blick auf die arabische Welt zu verändern. Wir Franzosen glaubten, diese Gesellschaften, zu denen wir alte und starke Bindungen haben, gut zu kennen. Aber der „arabische Frühling“ hat uns ganz unverhofft getroffen und uns gezeigt, dass wir ganze Bereiche dieser Gesellschaften gar nicht kannten. Heute brauchen wir die Sicht der Verantwortlichen aus Unternehmen und Vereinen. Wir brauchen die Sicht der Künstler und Studenten. Wir brauchen die Sicht der Blogger, derjenigen, die „Nein“ sagen, und der neuen entstehenden Akteure.

Darum ging es bei diesem Kolloquium, das ich mir gewünscht habe, damit wir unsere Standpunkte, Analysen und Ideen austauschen können.

Das ist auch der Anspruch, den ich an mich selbst stelle: Gleich nach meiner Ernennung war ich in Ägypten, um die Akteure des „25. Januar“ zu treffen. Ich werde in Kürze nach Tunesien reisen, das als Wiege dieses „arabischen Frühlings“ gilt und dazu bestimmt ist, morgen ein wichtiger Ankerpunkt für die Demokratie am südlichen Ufer des Mittelmeers zu sein.

Und schließlich ging es darum auch in der Mitteilung an unsere Botschafter in den arabischen Ländern, die ich gestern in Paris versammelt und gebeten habe, das Spektrum ihrer Gesprächspartner auf alle Akteure der Zivilgesellschaft auszuweiten. Zu lange schon haben wir uns bewusst oder unbewusst ein bisschen zu sehr in unseren Kontakten beschränkt – beschränkt auf die amtierenden Leute, wenn ich so sagen darf. Ich denke, wir müssen mit allen reden und uns über unsere Vorstellungen austauschen, die die demokratischen Spielregeln befolgen und natürlich den Grundsatz der Ablehnung jeglicher Gewalt achten. Und ich wünsche mir, dass dieser Dialog frei und offen mit allen islamischen Strömungen geführt wird, wenn die soeben erwähnten Grundsätze, also demokratische Spielregeln, Ablehnung jeglicher Gewalt, auf beiden Seiten befolgt werden.

Herr Ben Salem hat uns vorhin gesagt, dass die Islamisten uns überraschen würden. Na, dann überraschen Sie uns doch! Ich verlange nichts anderes. Und auch wir werden Sie überraschen, denn wir sind absolut nicht so, dass wir die muslimische Welt oder die muslimische Religion stigmatisieren wollen, wir wollen uns mit ihr austauschen. Ich mache Ihnen sogar einen Vorschlag: Sprechen wir zusammen darüber, was Laizität ist, für Sie, für uns, vielleicht können wir uns dann auf gemeinsamem Terrain wiederfinden. Frankreich verfügt über ein wunderbares diplomatisches Werkzeug, um das zu tun, und ich möchte unsere Botschafter in der Region Nordafrika/Mittlerer Osten begrüßen, die mit großem Eifer an diesem Kolloquium teilgenommen haben. Wir müssen nur unsere politischen wie wirtschaftlichen und kulturellen Instrumente auf diesen Kurs bringen. Heute müssen wir unsere gesamte Politik gegenüber der arabischen Welt überdenken.

Letzte Herausforderung schließlich: Wir müssen alles daran setzen, um einen Ausweg aus den größten Konflikten zu finden, die immer noch in der Region wüten.

Ich denke natürlich zuerst an den israelisch-palästinensischen Konflikt. Das Streben des palästinensischen Volkes ist nicht weniger legitim als das anderer Völker am südlichen Ufer. Auch Israel hat das Recht, in Sicherheit und Frieden zu leben. Deshalb muss in den nächsten Monaten die Vorstellung von einem existenzfähigen, zusammenhängenden demokratischen palästinensischen Staat, der in Frieden und Sicherheit an der Seite des Staates Israel besteht, über das Stadium der Beschwörung hinausgehen und Wirklichkeit werden. Wir kennen alle die großen Parameter für eine Lösung: Sie müssen jetzt umgesetzt werden. Frankreich wird diesbezüglich keine Mühen scheuen.

Ich denke auch an die Lage in Libanon. Wir brauchen einen Libanon, der frei und souverän über sein Schicksal entscheiden kann, der in der Region als Beispiel für die Lebendigkeit demokratischer Institutionen und die friedliche Koexistenz von Gemeinschaften gilt.

Und schließlich denke ich an die iranische Frage. Unsere Position ist hier eindeutig: Die iranische Regierung muss ihrem Volk die Einhaltung der Menschenrechte garantieren, die Atomfrage entsprechend der Forderung der Völkergemeinschaft klären und sich daran machen, einen positiven Einfluss auf die gesamte Region ausüben.

Die zweite Herausforderung, der wir uns heute kollektiv stellen müssen, und das ist vielleicht das Schwierigste und das Dringlichste, ist die wirtschaftliche und soziale Herausforderung.

Machen wir uns nichts vor: Wenn wir in sechs Monaten, in einem Jahr nicht auf die Erwartungen der Menschen reagieren, wenn die jungen Menschen in sechs Monaten, in einem Jahr immer noch keine Perspektiven für sich sehen und die Völker in einer noch größeren Armut versinken als bisher, dann wird nichts sie vor der Versuchung der Extreme zurückhalten. Nichts wird sie daran hindern, sich in die Arme von Radikalen jedweder Ausrichtung zu werfen.

Es liegt also in unser aller Verantwortung, unsere Anstrengungen zu bündeln und eine Zone der Stabilität und des Wohlstands in dieser Region der Welt entstehen zu lassen. Es liegt in unserer Verantwortung und in unserem gemeinsamen Interesse, diese „grundlegende Begegnung zwischen Orient und Okzident“, wie sie sich der große französische Orientalist Jacques Berque wünscht, zuzulassen.

Zwar ist uns bewusst, wie umfangreich die Aufgabe ist, noch dazu in einem Haushaltskontext, der mehr Zwänge beinhaltet als je zuvor.

Aber Frankreich stand immer an der Seite seiner Partner des Südufers. Um sie in dieser entscheidenden Phase zu begleiten, haben wir beschlossen, unsere Anstrengungen zu verstärken und ihnen für die nächsten Jahre 20 % der öffentlichen Entwicklungshilfe zu widmen, verbunden mit drei zusätzlichen Zielsetzungen: Wachstumsförderung zur Schaffung von Arbeitsplätzen, Begleitung des sozialen Wandels und Schutz des Mittelmeers. Natürlich wird diese Unterstützung Ziele berücksichtigen, die sich uns aufdrängen, wie die Ziele unserer Migrationspolitik. Ich habe die Botschaften, die vorhin übermittelt wurden, sehr wohl verstanden; gestatten Sie mir, von den Meinungen abzuweichen, die Frankreich für ein geschlossenes Land halten. Wenn man jedes Jahr 200 000 legale Einwanderer aufnimmt, ist man nicht wirklich geschlossen.

Nur müssen wir, auf beiden Seiten, unsere jeweiligen Zwänge berücksichtigen.

Im Übrigen setzen wir uns voll und ganz dafür ein, dass der Mittelmeer-Süden einen bevorzugten Platz im Rahmen der EU-Nachbarschaftspolitik behält. Wir haben erreicht, dass mindestens zwei Drittel der Gelder, die für diese Politik bestimmt sind, auch weiterhin dafür zur Verfügung gestellt werden. Angesichts des Bedarfsumfangs haben wir auch erreicht, dass die Vergabe von Hilfen einem Ansatz folgt, der auf stärkeren Anreizen und einer sinnvollen Konditionalität basiert und eine Unterstützung nicht von der unverzüglichen Umsetzung europäischer demokratischer Standards abhängig macht, sondern den eingeschlagenen Weg und den Willen, das Ziel zu erreichen, in Betracht zieht, den Reformwillen unterstützt und die Länder bestraft, die ihre Verpflichtungen in Sachen gute Regierungsführung und Achtung der Menschenrechte nicht einhalten. Wir wünschen uns heute, dass diese Nachbarschaftspolitik ein wesentliches Instrument unserer Partnerschaft mit dem südlichen Mittelmeerufer ist.

Wie Sie wissen, wurde diese vom Staatspräsidenten schon 2008 vorgebrachte Initiative durch die Blockade des Nahost-Friedensprozesses aufgehalten, und heute stößt sie auf die Revolutionen am Südufer. Und dennoch sind wir der Ansicht, dass diese Initiative nach wie vor so notwendig ist wie nie. Wir haben beschlossen, sie zu einer ausgewogenen Partnerschaft auf der Basis von konkreten Projekten umzugestalten.

Und in diesem Sinne werden wir das Sekretariat der Union für das Mittelmeer verstärken und u. a. in Kürze einen neuen Generalsekretär benennen.

Es ist auch der Grund dafür, dass wir neben den bereits angestoßenen Projekten, wie der Mittelmeer-Solarplan und die Meeresautobahnen, neue Initiativen, wie das Mittelmeer-Jugendwerk starten werden. Denn ich wünsche mir, dass der Austausch zwischen jungen Menschen wirklich eine der Prioritäten der Union für das Mittelmeer ist. Weil wir durch greifbare Projekte eine echte Solidarität zwischen den beiden Ufern erlangen können. Gestatten Sie mir noch, einen Appell an Sie zu richten: Ich weiß, dass ich immer skeptische Reaktionen hervorrufe, wenn ich von der Union für das Mittelmeer spreche; im Norden wie im Süden heißt es: „Das hat nicht funktioniert, das wird auch nicht funktionieren.“ Sicher, wenn man die Meinung vertritt, es gebe keinen Grund dafür, dass es funktioniert, dann klappt es auch nicht. Ich denke, es ist notwendig, ich denke, wenn es uns nicht gelingt, die Entwicklungsunterschiede zwischen dem nördlichen und dem südlichen Ufer unseres gemeinsamen Meeres spürbar zu verringern, dann sind all unsere schönen Reden zu nichts nütze, weder auf der politischen Ebene, noch mit Blick auf die Kontrolle der Migrationsströme. Das Ziel besteht natürlich darin, den Menschen im Süden, die bei sich zu Hause bleiben wollen, die Möglichkeit zu geben, dort zu arbeiten und dort die Grundfreiheiten und eine gute Lebensqualität zu genießen. Das ist auch der Sinn all dessen, was wir durch die Nachbarschaftspolitik tun, oder durch die Union für das Mittelmeer, also helfen Sie uns, Sie, die Länder des Südens, indem Sie diesen Prozessen Vertrauen schenken und uns in diesem Bemühen begleiten. (...)